



Der Minister

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

An die
Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder des Innenausschusses
60-fach



6. Februar 2017

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-2347

Telefax 0211 871-

Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales zum Tagesordnungspunkt „Anzahl der ‚Reichsbürger‘ in Nordrhein-Westfalen binnen weniger Wochen von 300 auf 1000 Personen gestiegen?“ der Sitzung des Innenausschusses am 09.02.2017

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

als Anlage übersende ich Ihnen den Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales zum Tagesordnungspunkt „Anzahl der ‚Reichsbürger‘ in Nordrhein-Westfalen binnen weniger Wochen von 300 auf 1000 Personen gestiegen?“ der Sitzung des Innenausschusses am 09.02.2017.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz

Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales
zur Sitzung des Innenausschusses am 9. Februar 2017

zum TOP

„Anzahl der ‚Reichsbürger‘ in Nordrhein-Westfalen binnen weniger Wochen von 300 auf 1000 Personen gestiegen?“

Die Landesregierung hat in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage 5269 vom 20. Oktober 2016 des Abgeordneten Daniel Schwerd (Drs. 16/13477) und das Ministerium für Inneres und Kommunales auf Antrag der Fraktionen von CDU sowie SPD und GRÜNEN zur Sitzung des Innenausschusses am 27. Oktober 2016 (Vorlage 16/4616) dargelegt, dass es seit Anfang 2014 zunehmend Vorfälle mit „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ auch in Nordrhein-Westfalen gibt. Das den Sicherheitsbehörden zu diesem Zeitpunkt bekannte Personenpotential von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ lag dabei bei 200 bis 300. In beiden Fällen erfolgte die Angabe zu diesem Potential mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass sich diese Zahl durch die weitere Aufhellung des Dunkelfelds allerdings noch erhöhen kann.

Anfang November 2016 haben sich die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder darauf verständigt, ein bundesweites, sogenanntes Sammelbeobachtungsobjekt „Reichsbürger und Selbstverwalter“ einzurichten. „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind danach Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen, unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb bereit sind, Verstöße gegen die Rechtsordnung zu begehen. Die Einrichtung des Sammelbeobachtungsobjektes „Reichsbürger und Selbstverwalter“ ermöglicht damit die Speicherung sowie die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln aller der heterogenen „Reichsbürgerbewegung“ zuzurechnenden Personen, ohne dass es eines ausdrücklichen Anknüpfungspunkts an Merkmale des von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder beobachteten Rechtsextremismus bedarf.

Darüber hinaus sind seit Ende letzten Jahres im Zusammenwirken der verschiedenen Abteilungen des Ministeriums für Inneres und Kommunales die Kommunen sowie die (nachgeordneten) Behörden und Einrichtungen des Landes sensibilisiert worden, den Sicherheitsbehörden im Rahmen bestehender rechtlicher Regelungen dort bekannte Sachverhalte mit Bezügen zu „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ zu übermitteln. Das Hinweisaufkommen hat sich daraufhin binnen kurzer Zeit deutlich erhöht. Ergänzend hat die mediale Berichterstattung über Vorfälle mit „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ dazu geführt, dass über das behördliche Informationsaufkommen hinaus auch entsprechende Hinweise aus der Bevölkerung bei den Sicherheitsbehörden eingehen. Das bis dahin bestehende Dunkelfeld des dieser Szene zuzurechnenden Personenkreises konnte damit erheblich aufgehellt werden. Auf dieser Grundlage hat sich das Personenpotential aktuell auf 1000 erhöht.

Da die Kommunen und Behörden und Einrichtungen des Landes fortlaufend dort bekanntgewordene Sachverhalte übermitteln, zusätzliche Hinweise aus der Bevölkerung zu erwarten sind und die Sicherheitsbehörden das Personenpotential durch ihre Maßnahmen das Dunkelfeld fortwährend aufhellen, ist von einem weiteren Anstieg der Zahl der Personen, die den „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ zuzurechnen sind, auszugehen.

Eine vergleichbare Entwicklung hinsichtlich der Größe des bekannt gewordenen Personenpotentials ist aktuell auch in anderen Ländern festzustellen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat am 25. Januar 2017 bekanntgegeben, dass derzeit von bundesweit 10.000 Personen, die den „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ zugeordnet werden, auszugehen ist.